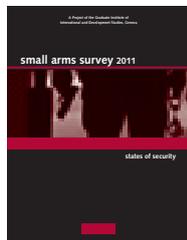


Small Arms Survey 2011

SPEKTRUM DER SICHERHEIT



Anhand der verschiedenen Aspekte der Zurverfügungstellung von Sicherheit untersucht der Small Arms Survey 2011 das Wachstum der privaten Sicherheitsindustrie und ihre weltweiten Waffenbestände; den Einsatz privater Sicherheitskräfte durch multinationale Konzerne; die Verwendung neuer Waffentechnik durch westliche Polizeikräfte; sowie gesetzliche Kontrollen des zivilen Besitzes von Feuerwaffen in 42 Rechtssystemen auf der ganzen Welt. Fallstudien liefern Recherchen über aktuelle Sicherheits Herausforderungen in der Elfenbeinküste, Haiti und Madagaskar. Außerdem enthält der Survey das diesjährige Transparenzbarometer, eine Schätzung des jährlichen autorisierten Handels mit Leichtwaffen und eine Übersicht über die Entwicklungen bezüglich der Kontrolle von Kleinwaffen durch die Vereinten Nationen.

Der *Small Arms Survey* wird jedes Jahr von einem Forscherteam aus Genf und einem weltweiten Netzwerk lokaler Forscher erarbeitet. Politische Entscheidungsträger, Diplomaten und Nichtregierungsorganisationen schätzen den Survey als wichtige Quelle für aktuelle Analysen im Bereich Kleinwaffen und Strategien zur Eindämmung bewaffneter Gewalt.

J. Brian Atwood, Vorsitzender des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über den *Survey* 2011:

„Die im *Small Arms Survey 2011* enthaltenen Fallstudien und Analysen sind nutzbringend für politische Entscheidungsträger, Forscher und all diejenigen, die sich mit Fragen und Antworten zu modernen Sicherheits- und Entwicklungs Herausforderungen befassen.“

Zentrale Ergebnisse

Private Sicherheitsfirmen

- Basierend auf einer Überprüfung von 70 Ländern wird geschätzt, dass die Zahl der Beschäftigten im privaten Sicherheitssektor weltweit zwischen 19,5 und 25,5 Millionen beträgt. Diese Zahl hat seit Mitte der 1980er Jahre stark zugenommen und übersteigt mittlerweile die Zahl der Polizeibeamten.
- Private Sicherheitsfirmen (private security companies – PSCs) besitzen zwischen 1,7 und 3,7 Millionen Schusswaffen weltweit – eine Schätzung, die auf Hochrechnungen vorhandenen Inventars beruht. Würden auch nicht deklarierte und illegal verwendete Waffen in die Schätzung einfließen, wäre das globale Arsenal der Firmen noch umfangreicher.
- Weltweit machen die Waffen, die sich im Besitz von PSCs befinden, nur einen Bruchteil dessen aus, was Exekutivorgane (26 Millionen) und Streitkräfte (200 Millionen) an Schusswaffen besitzen.
- Während PSCs in manchen Ländern der Einsatz von Kleinwaffen untersagt ist, beläuft sich die Anzahl der vorhandenen Waffen in einigen konfliktbetroffenen Regionen auf mehr als drei pro Mitarbeiter.
- Außerhalb des Umfelds von bewaffneten Konflikten ist die Bewaffnung von PSCs in Lateinamerika am umfangreichsten. Der Durchschnitt an Waffen pro Mitarbeiter liegt hier etwa zehnmal höher als in Westeuropa.
- PSCs, die in Afghanistan und im Irak tätig sind, wurden mit vollautomatischen Sturmgewehren, Maschinengewehren, Scharfschützengewehren und in einigen Fällen auch raketengetriebenen Granatwerfern ausgestattet, wodurch ihre ursprünglich „verteidigende“ Rolle in Frage gestellt wird.
- Das rasche Wachstum des privaten Sicherheitssektors hat Regulierung und Aufsichtsmechanismen überholt. Internationale Initiativen zur Schließung regulatorischer Lücken stecken noch in den Kinderschuhen.
- Die zunehmende Verwischung der Unterschiede zwischen privaten und öffentlichen Sicherheitskräften stellt die Annahme in Frage, dass multinationale Konzerne (multinational corporations – MNCs) mithilfe von PSCs öffentliche Sicherheitskräfte mit zweifelhafter Menschenrechtsbilanz umgehen können.
- Während rechtliche, nicht bindende Mechanismen, durch die MNCs für den Einsatz privater Sicherheitskräfte zur Rechenschaft gezogen werden können, zwar existieren, bestehen nach wie vor erhebliche Hindernisse in Bezug auf ihre Anwendung.
- Richtlinien für den Einsatz privater Sicherheitskräfte durch MNCs bilden sich nach und nach heraus, vor allem dank der Freiwilligen Grundsätze zur Wahrung der Sicherheit und der Menschenrechte. Ihre Implementierung wurde jedoch nicht systematisch erforscht und für die Unterzeichner hat es kaum Konsequenzen, wenn sie die Vereinbarungen nicht einhalten.

Leichtwaffenhandel

- Das jährliche Handelsvolumen von Leichtwaffen beträgt Schätzungen zufolge 1,1 Milliarden US-Dollar. Diese Summe beinhaltet 755 Millionen US-Dollar für Panzerabwehrkraketen (PALR), 102 Millionen US-Dollar für tragbare Luftabwehrsysteme (man-portable air defence systems – MANPADS) und 257 Millionen US-Dollar für vier Typen ungelenkter Leichtwaffen.
- Der Umfang des internationalen Handels mit MANPADS scheint auffallend gering. Nur 18 der 74 überprüften Länder importierten zwischen 2003 und 2009 MANPADS und nur 12 von ihnen importierten mehr als 100 Einheiten. Aufgrund statistischer Beschränkungen sind diese Zahlen in der Realität wahrscheinlich höher.
- Die Kriege im Irak und in Afghanistan haben zu einer deutlichen Steigerung in der Beschaffung von PALR geführt. So überstieg etwa der britische Import von Javelin-PALR der Jahre 2005 bis 2009 den Gesamtimport der Jahre 2000 bis 2004 um 5.331 Einheiten – eine Steigerung um 4.000 Prozent.

Transparenz

- Im Transparenzbarometer 2011 liegen die Schweiz, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Serbien und Rumänien als die Hauptexporteure von Klein- und Leichtwaffen mit der größten Transparenz vorne.
- Die geringste Transparenz liegt laut Barometer beim Iran und bei Nordkorea vor, die beide mit der Punktzahl 0 bewertet wurden.

Hauptexporteure und -importeure

- 2008 waren die Hauptexporteure von Klein- und Leichtwaffen (diejenigen mit jährlichen Exporten von mindestens 100 Millionen US-Dollar) laut Zoll Daten (in absteigender Reihenfolge) die USA, Italien, Deutschland, Brasilien, Schweiz, Israel, Österreich, Südkorea, Belgien, Russland, Spanien, die Türkei, Norwegen und Kanada.
- 2008 waren die Hauptimporteure von Klein- und Leichtwaffen (diejenigen mit jährlichen Importen von mindestens 100 Millionen US-Dollar) laut Zoll Daten (in absteigender Reihenfolge) die USA, Canada, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Österreich, Frankreich und Pakistan.

Verwendung neuer Waffentechnik im Polizeieinsatz

- Während westliche Polizeiorgane immer noch vorwiegend 9-mm-Handfeuerwaffen bei der Kontrolle der öffentlichen Ordnung vorschreiben, erwerben Exekutivorgane in den USA großkalibrigere Handfeuerwaffen und halbautomatische Gewehre, um gegen bewaffnete kriminelle Gewalt vorzugehen.
- Die neueste Generation von „weniger-tödlichen“ Waffen erlaubt Polizeibeamten, weiter entfernte Ziele anzugreifen, wobei das Spektrum zwischen weniger-tödlichen und tödlichen Waffen ihnen größere Flexibilität in der Gewaltanwendung ermöglicht.
- Die Richtlinien zur Gewaltanwendung haben mit der Beschaffung bestimmter Waffentechnik durch Polizeiorganisationen nicht Schritt gehalten.

Staatliche Regulierung des zivilen Besitzes von Schusswaffen

- Es besteht ein elementarer Unterschied zwischen Rechtssystemen, in denen der zivile Besitz von Schusswaffen als Grundrecht und Rechtssystemen, in denen er als Privileg angesehen wird.
- In fast allen Staaten, die für den *Small Arms Survey 2011* überprüft wurden, ist der zivile Erwerb von Waffen, die als für Zivilisten ungeeignet betrachtet werden, verboten oder unterliegt Restriktionen.
- In den meisten der überprüften Staaten existiert ein Lizenzierungssystem, das bestimmten Personenkreisen den Besitz von Schusswaffen verbietet. Bei der Bewertung besteht jedoch oft ein erheblicher Ermessensspielraum, statt dass spezifische Kriterien als Richtschnur dienen.
- Viele der überprüften Staaten registrieren Schusswaffen oder führen ein Waffenregister; diese Staaten tendieren zu einer Verwendung von zentralisierten Registrierungssystemen.
- In den meisten der überprüften Staaten müssen Zivilisten einen „echten Grund“ für den Besitz einer Waffe vorbringen.
- Einige der überprüften Staaten erlauben den Besitz von Schusswaffen zum Zweck der Selbstverteidigung, während andere in derartigen Fällen keine Lizenzen erteilen.

Fallstudie: Elfenbeinküste

- Recherchen, die 2010 in der Elfenbeinküste durchgeführt wurden, haben ergeben, dass staatliche Sicherheitskräfte – anders als bislang angenommen – nicht mehr Sicherheit bieten als die Rebellen.
- Im gesamten Land mangelt es der Bevölkerung an Vertrauen in die Sicherheitskräfte; jedoch ist dieser Vertrauensmangel den Sicherheitskräften im Rebellengebiet gegenüber größer als im Süden, wo staatliche Sicherheitskräfte im Einsatz sind.
- Die Ursachen für Unsicherheit im von der Regierung kontrollierten Gebiet und im Rebellengebiet sind annähernd die gleichen, darunter etwa Banditentum und ressourcenspezifische Konflikte.

- Obwohl das Gefühl der Unsicherheit im Rebellengebiet größer ist, können Zivilisten im regierungsgeführten Teil des Landes gleichermaßen der bewaffneten Gewalt anheimfallen.
- Während bei den meisten Vorfällen bewaffneter Gewalt im Rebellengebiet Sturmgewehre verwendet werden, greift man im von der Regierung kontrollierten Gebiet auf Klingengewehre, Handfeuerwaffen und Sturmgewehre zurück.
- Die Defizite der Sicherheitskräfte und die Unsicherheit im Land haben zur Entstehung einer Vielzahl von Bewältigungsmechanismen geführt, darunter Selbstschutzgruppen und Bürgerwehren, die wiederum neue Formen der Unsicherheit schaffen. Zudem ist der private Sicherheitssektor stark angewachsen, und das ohne jegliche Form der Regulierung.
- Waffenbesitz ist weitverbreitet und anders als in anderen Ländern der Region betrachtet fast die Hälfte der Bevölkerung Schusswaffen primär als Mittel zum Schutz.

Fallstudie: Haiti

- In Haiti fehlt es sowohl an Personal als auch an Infrastruktur zur Kontrolle des Landes. Das Verhältnis von 1,05 Polizeibeamten pro 1.000 Einwohner zählt zu den niedrigsten der Welt.
- Die seit 2004 durchgeführten Haushaltsbefragungen zeigen, dass sich die Sicherheit in Haiti innerhalb der letzten zehn Jahre verbessert und seit dem Erdbeben 2010 weiter verbessert hat. Die von Opfern beklagte Beteiligung der Polizei an Verbrechen ist nach dem Übergang zu einer gewählten Regierung 2007 stark zurückgegangen.
- 2010 ergaben die Umfragen, dass sich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung bei Gefahr für Leib und Eigentum zuerst an die Polizei wenden würden.
- Die Verbreitung von Schusswaffen in Haiti ist womöglich wesentlich geringer als allgemein angenommen. 2010 gaben nur 2,3 Prozent der Befragten in der Region Port-au-Prince an, dass in ihrem Haushalt Schusswaffen vorhanden sind.
- 2010 gaben mehr als drei Viertel aller Befragten – sowohl unter der Bevölkerung als auch unter Vertriebenen, die in Camps lebten – an, dass eine verbesserte Kontrolle über die Ausgabe von Waffenlizenzen ihr Umfeld sicherer machen würde.
- Trotz großer Herausforderungen, die bei der Umsetzung der Polizeireform in den letzten zehn Jahren aufgetreten sind, ist das Vertrauen in die haitianische Nationalpolizei seit dem Erdbeben gestiegen.

Fallstudie: Madagaskar

- Der madagassische Sicherheitssektor ist geprägt durch extrem unterbezahlte und schlecht ausgerüstete reguläre Streitkräfte, zu viele hochrangige Beamte und eine Inflation spezieller Interventionseinheiten mit fragwürdigem Auftrag.
- Seit den 1970er Jahren sind Madagaskars Streitkräfte in ständige Kämpfe um politische Macht und wirtschaftlichen Zugang zum Ressourcenreichtum des Landes verwickelt.
- Ungesetzliche Absprachen zwischen Vertretern des Sicherheitssektors und Vertretern sowohl aus- als auch inländischer Interessen haben seit der politischen Krise Anfang 2009 stark zugenommen. Im dadurch entstandenen Sicherheitsvakuum sind bewaffnete Kriminalität und dörfliches Banditentum auf dem Vormarsch und Madagaskar gewinnt an Bedeutung als Drehkreuz für den internationalen Schwarzhandel.
- Die staatliche Verwaltung hat die Organisation von Nachbarschaftsinitiativen zur Überwachung und von ländlichen Selbstverteidigungsbündnissen angeregt; außerdem hat sie über die Operationen äußerst aggressiver einheimischer Sicherheitsunternehmen, die Jagd auf Banditen machen, hinweggesehen.

Der UN-Kleinwaffenprozess

- Der UN-Kleinwaffenprozess ist sehr viel strukturierter geworden und für das UN-Kleinwaffen-Aktionsprogramm (Small Arms Programme of Action – PoA) wurden nun zweijährige Treffen, Expertentreffen und Überprüfungskonferenzen angesetzt.
- Der mangelnde Einsatz für das PoA und das Internationale Rückverfolgungsinstrument auf Seiten vieler Staaten ist offensichtlich und wird durch die anhaltende Unfähigkeit unterstrichen, sich auf einen Modus zur formalen, unabhängigen Evaluierung der Implementierung dieser Instrumente festzulegen.
- Die Verhandlungen zum Internationalen Waffenhandelsabkommen könnten sich dem gleichen Widerstand gegenüber einer effektiven internationalen Waffenkontrolle ausgesetzt sehen, wie er dem PoA bislang entgegengebracht wurde.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Small Arms Survey, Avenue Blanc 47, 1202 Genf, Schweiz

t +41 22 908 5777 • **f** +41 22 732 2738 • **e** sas@smallarmssurvey.org • **w** www.smallarmssurvey.org

Publikationsdatum: Juli 2011 • Paperback: ISBN 978-0-521-14686-9 • Hardback: ISBN 978-0-521-19712-0

Exemplare können unter www.cambridge.org bezogen werden sowie im Online-Buchhandel, etwa unter www.amazon.de. Rezensionsexemplare sind auf Anfrage erhältlich.